

Gestern Arbeit, morgen keine



Während in Europa und der Schweiz über ein Ende des Lockdowns diskutiert wird, geraten die finanziellen Folgen der Krise in den Fokus – diese sind auch für jüdische Gemeinden immens.

Exit-Strategie und Lockdown-Lockerung: Im beginnenden dritten Monat der europäischen Corona-Krise bestimmen diese Begriffe den Diskurs. Unausweichlich richtet sich der Blick dabei auch auf die finanzielle Dimension des Problems. Wie gross diese sind, davon zeugen die Wachstumsprognosen, die derzeit kursieren. Was das für jüdische Gemeinden konkret bedeutet, ist noch nicht abzusehen. Wohl ist der Zürcher Ökonomie-Professorin Dina Pomeranz zuzustimmen, die unlängst in tachles prognostizierte: «Für diejenigen Organisationen, die sich ein Pölsterchen angespart haben für magere Zeiten: Jetzt sind diese Zeiten.»

Vermögen antasten

Die Nederlands-Israëlitische Hoofd Synagoge (NIHS) in Amsterdam ist eine solche Organisation. Mit 2200 Mitgliedern ist sie die mit Abstand grösste jüdische Gemeinde der Niederlande. Aus dieser Konstellation ergibt sich, dass sie auch einen Teil der gesamten jüdischen Infrastruktur des Landes mitfinanziert. Dazu braucht es einiges an finanziellen Mitteln. Die NIHS hat ihr Vermögen darum angelegt, so Präsident Ruben Troostwijk zu tachles. Und genau wie Dina Pomeranz sagt, gibt es nun Verwendung dafür: «Wir haben eine Lücke im Etat, und die füllen wir mit unserem Vermögen auf.»

In Corona-Zeiten, sagt Troostwijk, von Haus aus Unternehmer, müsse die Gemeinde zudem zusätzliche Fonds anwerben, um für Mitglieder zu sorgen, die das nun selber schlecht könnten – «genau, wie wir das Pessach schon getan haben». Für die 60 Mahlzeiten, die täglich an Bedürftige geliefert werden, kann man auf einen Armen-Fonds zurückgreifen. Die Pessach-Projekte konnten mit Hilfe von Sponsoren realisiert werden. «Ein Kernteam der NIHS ist damit täglich beschäftigt.»

Es sind anstrengende Zeiten, auch in Amsterdam. Deutlich macht Ruben Troostwijk aber auch: Mit Sparguthaben und Zugang zu Notfonds ist man an sich gut aufgestellt, um dieser Herausforderung zu trotzen. «Unsere grösste Sorge richtet sich eigentlich nicht aufs Finanzielle, sondern auf das soziale Gebiet: Wie können wir weiter für alte und alleinstehende Mitglieder da sein?» Die Bezahlung der Gemeindemitarbeiter sei auch gesichert, so der Präsident. Anders als in Gemeinden in den USA sei man dazu nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Konsequenzen für Gemeinden

Zweifellos sind aber auch jüdische Gemeinden, gerade in diesen Zeiten, ein Spiegel ihrer jeweiligen Gesellschaft. Insofern verwundert es nicht, dass sich bei der Comunità ebraica di Torino ein ganz anderes Bild bietet. Eduardo Segre, der als Koordinator im Sekretariat der Gemeinde arbeitet, plagen in diesen Wochen erhebliche Sorgen. «Seit einem Monat ist alles hier geschlossen. Und wir wissen überhaupt nicht, wie es weitergeht. Die Realität ändert sich von Tag zu Tag. Natürlich haben wir ein Budget für 2020, und wir schauen, dass wir es erhöhen können. Wir wissen noch nicht, wie viel nötig ist, aber es wird eine Menge sein. Die Miete für die Räumlichkeiten der Gemeinde und die Schule wird ein Problem werden.»

Anders als die kommerziell geprägten Gemeinden in Rom und Mailand, so Eduardo Segre, sei das Berufsprofil der jüdischen Turiner eher von Industriebetrieben sowie Medizinern, Anwälten oder Professoren geprägt. Davon unabhängig gehe die Gemeinde finanziell schweren Zeiten entgegen. «Das wirkliche Problem kommt in den nächsten Monaten auf uns zu. Unsere Mitglieder werden weniger Geld bekommen, manche werden nicht in ihren Beruf zurückkehren können, Geschäfte werden schliessen.»

Für die Turiner Gemeinde ergibt sich dadurch eine Situation beklemmender Unwägbarkeit, die Eduardo Segre so beschreibt: Man sieht die eigenen Mitglieder in Probleme geraten und will ihnen folglich Hilfe leisten. Zugleich ist der eigene Haushalt in Gefahr, und die Dimension des Problems ist noch nicht einmal zu beziffern. «Wir haben versucht im Detail zu ermessen, wie viel zusätzliches Budget wir brauchen werden. Aber im Moment ist alles ein einziges Fragezeichen.»

Vor dem Disaster

Noch expliziter schätzt Fernando Rosentberg die Lage ein. Er ist Direktor der Comunidad Israelita de Barcelona (CIB). Von deren 10 000 Mitgliedern kommen viele aus Israel, Marokko und, wie auch der aus Argentinien stammende Direktor, Lateinamerika. «Sollten unsere Mitglieder nächsten Monat wieder arbeiten können, wird es ein grosses Problem geben, und zwar in der wirtschaftlich aktiven Altersgruppe, gerade zwischen 30 und 50: Viele, die gestern einen Job hatten, werden morgen keinen mehr haben. Wie viele, lässt sich nicht sagen. Aber wir stehen vor einem Sommer ohne Touristen. Barcelona im Juli und August, und die Restaurants sind leer! Das wird ein Disaster!»

Fernando Rosentberg erreicht man in diesen Tagen nur auf dem Mobiltelefon, nicht im Gemeindebüro. Seine Aktivitäten für die CIB liegen freilich alles andere als auf Eis. Am Tag nach dem Gespräch, kündigt er an, wird sich der ökonomische Teil der Gemeindeverwaltung zusammensetzen, um zu beratschlagen. Die Idee von Notfallfonds soll dabei zur Sprache kommen. «In sechs Monaten etwa werden wir sehen, wie viele Leute in Problemen stecken. Denen, die fallen, müssen wir helfen. Bisher haben wir Organisationen, die Bedürftigen mit Essen helfen, aber ich fürchte, das wird nicht ausreichen.»

Auch in Barcelona ist es charakteristisch für die derzeitige Krise, dass ihr finanzielles Ausmass noch nicht absehbar ist. Direktor Rosentberg versucht sich dennoch an einer Schätzung: «Ich denke, wir werden mindestens 300 000 Euro extra brauchen.» Und dann könnte das, was er die «neue Realität» nennt, noch trüber werden. Auch einen drastischen Rückgang der Mitgliederzahl hält er für möglich. «Im schlechtesten Szenario könnte das bedeuten, dass unsere Einnahmen um 50 Prozent schrumpfen.»

In der Schweiz ist die Lage bislang deutlich weniger prekär. «Vor einer Woche haben wir uns mit Gemeindevertretern ausgetauscht. Alle meistern die Situation mit viel Engagement und Zuversicht», kommentiert SIG-Generalsekretär Jonathan Kreutner. «Die Gemeinden sehen derzeit keine finanziellen Probleme. Die Situation muss aber laufend analysiert werden.» Manche Gemeinden, so Jonathan Kreutner, hätten Kurzarbeit eingeführt, um etwaige sinkende Einnahmen abzufedern. «Entscheidend für die Gemeinden ist die allgemeine Lage der Schweiz, ob wirtschaftlich oder gesundheitlich. Andere Gemeinden in anderen Ländern sind mit schwierigeren Umständen konfrontiert.»

Auch bei der ICZ in Zürich ist man vorsichtig optimistisch. «Welche finanziellen Folgen diese Krise tatsächlich hat, können wir wohl erst in einem Jahr sagen», so Geschäftsführer Frédéric Weil. Im Moment gebe es noch keinen Grund zur Sorge, und auch Budget-Änderungen seien noch nicht an der Tagesordnung. «Bei den Einnahmen nächstes Jahr aber könnte es sich auswirken, wenn Leute ihre Arbeit verloren haben.»

Im Alltag von Karin Rom, die in der Fürsorge der JGB in Bern angestellt ist, macht

sich der Notfall dagegen schon bemerkbar. Pessach etwa habe gezeigt, dass mehr Mittel notwendig seien: Die Pakete, die man an Mitglieder geschickt habe, oder auch die zuletzt verschickten Bücher an Alte und Alleinstehende. Dafür greift man auf Fonds sowie auf Spenden zurück: «Ich bin auch Präsidentin des Frauenverbands, sodass ich auch dort anfragen kann, um Kosten zu teilen. Und nach einem Artikel im «Bund» neulich, in dem ich erwähnt wurde, spendete jemand 500 Franken. Wir machen uns durchaus Gedanken, wie wir die anfallenden Kosten bezahlen. Mit unserem eigenen Fonds geht das bislang, aber er ist natürlich nicht unbegrenzt.»

Eindeutig begonnen haben die prekären Zeiten im Sozialdienst des Verbands Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen. Eran Simchi zählt die Aktivitäten der vergangenen Wochen auf: «Ausleihen von Laptops, Beteiligung an den Kosten dafür, schweizweite Lieferung von Pessach-Mahlzeiten. Menschen fragten uns, Mietzinsen zu übernehmen. Und gleich zu Beginn gab es Selbstständige, die keine Aufträge mehr bekamen und in finanzielle Not gerieten. Auch da haben wir finanzielle Hilfe geleistet, um die Zeit zu überbrücken, bis ihr Antrag beim Amt anerkannt ist.» Für die nähere Zukunft erwartet Eran Simchi keine Änderung: «Im Moment sehen wir kein Ende, weil niemand weiss, wie lange uns dieses Virus noch beschäftigen wird.»

Tobias Müller